

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄTKÖRPERSCHAFT
ÖFFENTLICHEN RECHTS
KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Protokoll der Sitzung des Studierendenparlaments am 26. Juli 2017

DAS PRÄSIDIUM DES STUDIERENDENPARLAMENTS

Studierendenhaus
Mertonstraße 26 – 28
60325 Frankfurt am Main
studierendenparlament@uni-frankfurt.de
Telefon (0 69) 798 – 23181

Beginn der Sitzung: 18:18 Uhr

Ende der Sitzung: 20:42 Uhr

Anwesenheit per Anwesenheitsliste (siehe Anhang)

1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§10 Abs. 5 SdS)

Beschlussfähigkeit festgestellt.

2) Genehmigung und gegebenenfalls Änderung der Tagesordnung

Genehmigt.

3) Genehmigung und ggf. Änderung des Protokolls vom 25.01.17 (Drs. 2017/020 - per E-Mail verschickt)

Das Protokoll wird nach den Änderungsanträgen von Kai Julian (RCDS) und Lena (Juso HSG) genehmigt.
Änderungsantrag von Kai Julian (RCDS) und Lena (Juso HSG)

Wahlgang: Ja (15); Nein (0); Enthalten (3)

4) Mitteilungen und Anfragen an das Präsidium

Keine.

5) Bericht der Öffentlichkeitsbeauftragten

Nis (Juso HSG):

- Artikel für die AStA-Zeitung, wer gewählt wurde und was gemacht wird
- Kauft das nächste Mal wieder Essen

6) Berichte der Referent*innen

Andy (PolBil):

- Veranstaltungsreihe zu Luther war erfolgreich und gut besucht, die Tonmitschnitte werden demnächst hochgeladen
- Vortrag mit Karin Stögner zu Antifeminismus und Antisemitismus in der neuen Rechten war ebenfalls sehr gut besucht und der Tonmitschnitt wird demnächst hochgeladen
- Es werden zwei bis drei neue Veranstaltungsreihen für das nächste Semester entworfen (Feminismus, Osteuropa und neue Musik, bzw. politische Musik)
- Anfang Oktober wird es zur Buchmesse wieder eine kleine Reihe mit Buchvorstellungen im Rahmen von „Buch + Kritik“ geben
 - o Malena (Grüne): Fragt, wieso nur Männer* Vorträge gehalten haben.
 - o Andy: Bedauert das selbst. Es haben sich leider keine Frauen* gefunden. Das soll aber mit der Feminismus Reihe ausgeglichen werden.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄTKÖRPERSCHAFT

ÖFFENTLICHEN RECHTS

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Holger (HoPo):

- HHG-Novelle: Stellungnahme für den Landtag und entsprechende interne Vor-Diskussionen
- LAK: HHG-Novelle und Treffen am 26.07. und Vorbereitung darauf
- Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (Anlass: BaWü und NRW): Treffen, große Kampagnen laufen/werden vorbereitet in BaWü und NRW und Studiengebührenklage Leipzig
- „Hochschulpolitische Plattform“ zum Austausch zwischen AStA, Senat und Fachschaften

Valentin (Kommunikation):

- Homepage: Neue Navigationsleiste, Facebook soll integriert werden, Farbe und Schrift sollen an das Corporate Design angepasst werden
- PM zur Verwehrung der Akteneinsicht
- Facebook Seite wurde gepflegt, es wurde inhaltlich kommentiert

Felix G. B. (Studienbedingungen):

- Treffen zur Fachschaftenkoordination
- Vorbereitung für das MJWD-Camp
- Beantwortung von Mails
- Beratungen

Anna (Vorstand) für das Verkehrsreferat:

- Die Eröffnung der Fahrradwerkstatt verzögert sich, weil das Präsidium den bereits zugesagten Platz nun doch nicht genehmigt.
 - o Christoph: Fragt, ob man Dreiräder ausleihen könne.
 - o Nis: Nein.

Tobias (Niederrad-Referat):

- E-Mail:

„Hallo ihr Lieben,

für die heutige Stupa Sitzung muss ich bitten Muriel und mich zu entschuldigen (Referat Niederrad).

Wir sind derzeit in den letzten Wochen der Vorbereitung zum 1. Staatsexamen und haben darum auch die Tage nicht deutlich mehr Neues über unsere Arbeit zu berichten als wir für die Asta Zeitung geschrieben haben (Siehe Anhang bei Bedarf):

Die Gespräche mit den Zuständigen für Mensa und Bib laufen und wir sind zuversichtlich, dass sich ab Herbst besonders in der Bib schon Veränderungen bemerkbar machen. Genauereres dann zu gegebenem Zeitpunkt.

Lieben Dank für das Verständnis und auf dass die Prüfungen bald erfolgreich abgeschlossen sind!

Tobias“

7) Bericht des AStA- Vorstandes

Anna (Vorstand) berichtet kollektiv:

- Tagesgeschäft (ProFö und Mietanträge)
- Ansprechpartner*in für externe Personen und Einzelgruppen
- Ansprechpartner*in für Fragen rund um das Studierendenhaus
- Kontakt mit Anwalt*innen bzgl. Razzia
- Senat
- Vor- und Nachbearbeitung von Veranstaltungen, bspw. Sommerfest
- Betreuung des Sommerfests
- Jour Fixe
- Treffen mit Objektbetreuer*innen bzgl. studentische Räume
- Evaluation der bisherigen Arbeit

- Vorbereitungen für die Ersti-Begrüßung
- Verwaltung von Gruppenräumen
- Kontakt mit Präsidium bezüglich sexistischer Werbeinhalte auf dem Campus
- Partykeller
 - o Rachid (Juso HSG): Fragt, wie es um den Partykeller aussieht.
 - o Anna: Es schimmelt, worum sich Frau Kratzer kümmern muss. Sie müsste Firmen beauftragen, worauf bis heute gewartet wird. Bis auf weiteres ist der Partykeller daher nicht nutzbar.
 - o Nathaniel (LHG): Fragt, ob es stimmt, dass die Staatsanwaltschaft einer Akteneinsicht bereits zugesagt hat.
 - o Anna: Es gibt keine offizielle Stellungnahme, dies haben aber die Recherchen der Zeitungen ergeben.
 - o Rachid (Juso HSG): Wird die Einsicht verwehrt?
 - o Anna: Nicht direkt, sie lässt aber auf sich warten.

8) Bericht der studentischen Vertreter*innen des Studenten[sic!]werks

Lena: Hat eine Powerpoint-Präsentation des Verwaltungsrats über Mensen gefordert, die sie in Arbeit. War aber eigentlich bereits bei der letzten Sitzung des Verwaltungsrats fertig. Der Zuständige des Studenten[sic!]werks kümmere sich darum.

9) Bericht der studentischen Senatsmitglieder

Valentin (Grüne):

- Seit dem letzten StuPa kein Senat.
- HoPo-Forum:
- Vernetzung mit Senat, AStA und Fachschaften
- Austausch über Exzellenzinitiative, Stiftungsuni und Drittmittelförderung und über Studienbedingungen (z.B. Anwesenheitslisten)
 - o Lennart (Juso HSG): Fragt, ob nicht doch eine Senatssitzung stattfand.
 - o Valentin: Korrigiert sich.
- Senat: Studienordnungsänderungen, mit der alle einverstanden waren. Inhalte z.B. bzgl. Stiftungsprofessur.
- Antrag GHSg: Razzia im Studierendenhaus. Wurde teils kontrovers diskutiert, ein Konsens besteht aber bei der Einhaltung des Rechts auf Akteneinsicht. Gemeinsam wurde die Staatsanwaltschaft dazu aufgefordert.
- Der Fachbereich für Theater-, Film- und Medienwissenschaften hat einen Antrag eingebracht.
- Es wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich beispielsweise gegen zu viele befristete Arbeitsstellen an der Uni richtet

10) Antrag „Corporate Design Template Paket“ (Drs. 2017/021)

Valentin (Grüne):

- Stellt Antrag vor.
 - o Kai Julian (RCDS): Wünscht sich Vortrag schriftlich und fragt nach der PowerPoint-Präsentation. Möchte außerdem wissen, ob es eine Ausschreibung gab.
 - o Valentin: Wird die PowerPoint-Präsentation und den Vortrag weiterleiten. Die Ausschreibung ging über den Layout-Verteiler.
 - o Kai Julian: Gab es mehrere Kosten-Voranschläge?
 - o Valentin: Es gab nur einen Kostenvoranschlag innerhalb des Verteilers. Erklärt Layout-Verteiler.

Wahlgang: Ja (18); Nein (0); Enthalten (5)

11) Hochschulgruppen-Werbung der AStA-Koalition über die AStA-Facebookseite

Nis (Juso HSG): Erklärt Kontext und Inhalt des Facebook-Posts. Problematisch ist der sichtbare Aufruf: „Linke Liste Wählen“. Man hatte den AStA gebeten, den Spruch zu verdecken. Der AStA soll als Studierendenvertretung objektiv und parteiunabhängig sein. Der Post soll daher gelöscht werden. Für den Fall, dass dies nicht passiere, wird bereits ein Antrag für den Ältestenrat vorbereitet.

Valentin (Grüne) als Kommunikationsreferent: Der AStA hat das Foto nicht hochgeladen, sondern den Tweet eines Juso-Mitglieds verlinkt. Das Foto war notwendig, um den Witz zu erklären und sei kein Wahlaufruf. Außerdem sei es keine Wahlkampfzeit. Während des Wahlkampfes würde auf solche Posts verzichtet.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄTKÖRPERSCHAFT
ÖFFENTLICHEN RECHTS
KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

**GO-Antrag Weiche Frauen*- und Erstsprecher*innen-Redner*innen-Liste
Angenommen**

Alisa (Grüne): Die Betitelung „Beweisstück“ löst bei ihr unangenehme Gefühle aus. Twitter ist kein relevantes Medium. Versteht Aufregung nicht so ganz. Diese Sachlage soll nicht zu viel Raum nehmen, da es wichtigeres gibt.

Nis: Wollte es persönlich klären, hat sehr viele um frühe Uhrzeit angerufen. Beteuert nochmal, dass der AStA neutral sein sollte. Listen, die nicht im AStA sind, haben schließlich keine Möglichkeit, zu entscheiden, über welche Hochschulgruppen der AStA berichtet.

**GO-Antrag Ende der Debatte
Gegenrede**

Nis: Man versucht, die eigenen Minderheitenrechte zu wahren. Es gibt noch einige Hochschulgruppen, die sich noch nicht geäußert haben.

Abgelehnt

GO-Antrag Redezeitverkürzung auf 10 Minuten

Angenommen

Ben (Grüne): Zählt auf, wie viele Tweets es zu anderen Hochschulgruppen tatsächlich gab.

Alisa: Die Intention hat man verstanden und zur Kenntnis genommen. Weiß allerdings nicht, was nun getan werden sollte, und welchen Zweck die Debatte erfüllen soll.

Juri (Niederrad Jetzt): Kann die Kritik gut nachvollziehen. Wenn die Quelle aber eine HSG ist, muss diese eben auch genannt werden. Fragt, was denn nun Nis' Vorschlag wäre.

Tom (RCDS): Bedankt sich bei Jusos für oppositionelle Arbeit. Gibt Jusos recht. Schlägt vor, in Zukunft Tweets selbst zu formulieren. Wünscht sich, dass der AStA anerkennt, dass die oppositionellen Listen keine Möglichkeiten haben, Tweets als AStA zu retweeten.

Henry (Juso HSG): Der AStA sollte sich eigene Inhalte einfallen lassen.

Kai Julian (RCDS): Versteht nicht, was Alisas Assoziationen zu „Beweisstücken“ sein sollen. In der Realpolitik werden bei solchen Vorkommnissen Verfahren eingeleitet.

Alisa: Erinnert an „Beweisstücke“ aus anderen StuPa-Sitzungen.

Ben: Fragt erneut, worum es denn hier nun geht. Kann die Prinzipienfrage nachvollziehen. Fragt, wie man mit Twitter umzugehen hat, die Debatte um den Facebook Post ist aber nicht einsichtig.

Nis: „Beweisstück“ sollte keine spezielle Andeutung haben. Beschreibt ein potenzielles Szenario, in dem Valentin die Tweets gezielt plant. Fragt, warum man den Namen nicht einfach geschwärzt hat.

Bengican (Niederrad Jetzt): Das hätte die Pointe genommen.

Juri: Die Diskussion dreht sich im Kreis. Man könnte einen AK gründen.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄTKÖRPERSCHAFT

ÖFFENTLICHEN RECHTS

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Lena (Juso HSG): Einen AK zu gründen dient oft dazu, nicht weiter über ein Thema zu diskutieren.

Valentin: Sitzt für die Grüne Hochschulgruppe im Senat. Der AStA sei dort mit dem Vorstand vertreten. Nimmt Nis' Kritik zur Kenntnis und wird dies berücksichtigen.

Henry (Juso HSG): Kompromissvorschlag: In Zukunft ein „(sic!)“ anhängen.

Ben: Man könnte seine Zeit auch besser verschwenden als mit einem AK. Im StuPa zum Beispiel.

12) Sachanträge

Es liegen keine Sachanträge vor

13) Resolutionen

Resolution der LiLi und DL (Drs. 2017/023)

Andy (LiLi):

- Stellt Antrag vor. Gerade in aktuellen Zeiten sei es wieder besonders wichtig, sich gegen antisemitische Hetze zu positionieren.
 - o Ben (Grüne): Schlägt vor, die Begründung in den Antragstext aufzunehmen.
 - o Bengican (Niederrad Jetzt): Schlägt vor, als Ergänzung außerdem auch alle Kooperationspartner*innen dazu aufzurufen, eine Zusammenarbeit mit dem BDS und ähnlichen Gruppen auszuschließen.
 - o Kai Julian (RCDS): Fragt nach historischem Kontext und weiteren Erläuterungen zu BDS
 - o Max (listenlos): Der BDS wurde während oder nach der zweiten Intifada gegründet. Die BDS-Kampagne fordert die komplette Isolierung Israels. Jüdische Waren sollen als solche gekennzeichnet werden, Künstler*innen, die in Israel auftreten, sollen unter Druck gesetzt werden.
 - o Malena (Grüne): Merkt die zusätzliche Relevanz durch die KOPI Konferenz am Ökohaus in Frankfurt an.
 - o Felix G. B. (Grüne): Hochschulpolitisch relevant ist es auch dadurch, dass die Kampagne auch die wissenschaftliche Isolierung und den Boykott israelischer Forschung fordert.

Wahlgang: Ja (22); Nein (0); Enthalten (0)

Resolution des RCDS (Drs. 2017/023)

Kai Julian (RCDS):

- Stellt Antrag vor.
- Tom (RCDS): Fügt hinzu, dass der Antrag durch die vergangenen Vorkommnisse besonders relevant ist.

Jonathan (Grüne): Ist nicht überrascht, dass, nach der Forderung eines Gesinnungsbekennnisses, der RCDS diesen Antrag einbringt. Erinnert daran, dass bis heute keine Ergebnisse durch die polizeilichen Ermittlungen veröffentlicht wurden und daher bisher keine Gewaltvorkommnisse bewiesen wurden. Unangebracht ist außerdem, dass man etwas in das StuPa einbringt, nur weil es einen stört. Die Resolution zur BDS Kampagne hingegen zeigt hochschulpolitische Relevanz. Die Distanzierung von Gewalt sei Konsens. Bringt mehrere Änderungsvorschläge ein.

Tom: Weiß nicht, wo er anfangen soll. Hoffte, dass sich alle Parlamentarier*innen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Sieht bei Vandalismus und politischer Gewalt sehr wohl hochschulpolitische Relevanz.

Malena: Fragt, welche Fälle von Vandalismus denn gemeint seien. Bei den besagten Vorkommnissen hat sich der AStA bereits mehrfach distanziert.

Nathaniel (LHG): „Distanzierung von rechter und linker Gewalt“ ist ein kurzer und prägnanter Satz. Da Jonathan sich davon nicht distanziert, bekennt er sich wohl dazu. Kann nicht nachvollziehen, warum man sich nicht von Gewalt distanzieren würde.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄT KÖRPERSCHAFT

ÖFFENTLICHEN RECHTS

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Jonathan: Bedauert es, wenn ihm Sachen in den Mund gelegt werden. Bemerkt, keine Antwort auf seinen Änderungsvorschlag bekommen zu haben.

Henry (Juso HSG): Versteht nicht, warum man sich immer zu so vielen Dingen distanzieren sollte, die man bereits mehrmals abgeklärt hat. Fragt, wie man denn dann zu staatlicher und polizeilicher Gewalt steht.

Valentin: „Rechte und linke Gewalt“ ist eine überhaupt nicht präzise Formulierung. Versteht nicht, wieso man einen so bipolaren Gewaltbegriff verwendet.

Malena: Der Antrag ist nicht nur unpräzise, sondern auch undifferenziert. Rechtsextreme Gewalt mit angeblicher linker Gewalt gleichzusetzen ist angesichts der vergangenen Entwicklungen falsch.

GO-Antrag Sofortige Abstimmung

Abgelehnt

Nathaniel: Merkt an, dass der Antrag nicht von der LHG kommt. Der Begriff „Gewalt“ ist sehr wohl präzise. Auch Polizeigewalt ist abzulehnen und gehört nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Jonathan: Polizei und Bundeswehr haben sehr wohl das recht, Gewalt anzuwenden. Seltsam ist daher, dass Natanael sich gleichzeitig von dieser Gewalt und von der fdGO zu distanzieren. Es ist völlig sinnlos, darüber abzustimmen, für oder gegen bestimmte Gesetze zu sein. erinnert erneut an den Änderungsantrag.

Tom: Hält es durchaus für sinnvoll, es zu diskutieren. Merkt weitere vergangene Gewalttaten an. Findet es sinnvoll, es schriftlich zu haben, dass der AStA sich von Gewalt distanziert. Nimmt den Teil des Änderungsantrags an, der die fdGO genauer zu definieren soll.

Ben (Grüne): Hält die Debatte über Linksextremismus für hoch gefährlich für Demokratie und Rechtsstaat. Die Debatte hat zu massiven Einschränkungen wie beispielsweise Präventivmaßnahmen, geführt. Von welcher Gewalt man sich tatsächlich distanzieren, hängt außerdem vom Gewaltbegriff ab. Hält Änderungsantrag für sehr sachlich.

Jonathan: Man kann den Antrag nicht von den Äußerungen des Bundesvorsitzenden des RCDS trennen.

Rachid: Der Antrag wurde bundesweit beim RCDS diskutiert. Wünscht sich daher mehr Differenziertheit.

Tom: Das stimmt nicht und ist Verleumdung. Der RCDS hat bereits in der letzten StuPa-Sitzung und vor den G20-Protesten, angekündigt, eine Resolution zu verfassen. Dass nicht nur linksextreme Gewalt erwähnt wurde, ist dem AStA entgegenkommend.

Anna: Vergewissert sich, ob der RCDS tatsächlich nur deshalb rechtsextreme Gewalt erwähnt und ablehnt, weil man dem AStA entgegenkommen möchte.

Tom: Distanziert sich davon, das hat er nicht ausdrücken wollen.

Malena: erinnert an Vorkommnisse, bei der die Junge Alternative dazu aufgerufen wurde, angebliche „linksextreme“ Professor*innen öffentlich kenntlich zu machen. Fragt, wieso bei sexistischen Geschehnissen, wie beispielsweise bei PUAs, trotz der klaren hochschulpolitischen Relevanz keine Anträge des RCDS kommen, die fordern, sich davon zu distanzieren.

Tom: Erklärt, nie PUAs begegnet zu sein und daher keinen Anlass zu sehen.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄTKÖRPERSCHAFT
ÖFFENTLICHEN RECHTS
KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

GO-Antrag Sofortige Abstimmung

Gegenrede

Tom: Lehnt Änderungsanträge ab, da sie darauf abzielen, den Inhalt umzudrehen.

Angenommen

Der RCDS beruft eine Fraktionspause bis 20:17 Uhr ein.

Beschlussfähigkeit festgestellt.

Der RCDS zieht den Antrag zurück.

14) Sonstiges

Antrag von Niederrad Jetzt: Juri stellt Antrag vor.

Henry (Juso HSG): Hat AStA Überblick, ob es Räume gibt, die nicht verwendet werden?

Anna (Grüne): Alle Räume werden genutzt. Im neuen Studierendenhaus wird es auch nicht genügend Räume geben, die Grüne Hochschulgruppe würde daher auch auf den zweiten Raum verzichten.

Juri: Die meisten Räume gehen außerdem an die autonomen Räume.

Tom (RCDS): Sind dann nicht genau die beiden zusätzlichen Räume für Niederrad verfügbar?

Anna (Grüne): Kein einziger Raum mehr ist frei.

Nis (Juso HSG): Hat die Raumliste damals vervollständigt. Hat dabei festgestellt, dass einige Gruppe die eigenen Räume nicht nutzen.

Juri: Das betrifft nur auf einen Raum, was nicht reichen würden.

Valentin (Grüne): Gruppen bekommen nur keinen Raum, weil etablierte Gruppen bereits seit Jahren auf ihren Räumen beharren.

Lena (Juso HSG): Die Juso HSG ist nicht davon betroffen, weil der zweite Raum attac gehöre.

Anna: Das stimmt nicht, die Juso HSG verfügt über zwei, attac gehört ein dritter Raum.

Nis: Wünscht sich eine neue Raumliste, es gibt mehr Räume als besagt.

Lena: Es sind zwei Räume. Die Jusos sind die größte HSG, bei den Sitzungen waren schon bis zu 30 Menschen anwesend. Sitzungen wären in einem Raum unmöglich.

Edna (Die PARTEI): Die Argumente der Juso HSG sind verständlich, die HSG „Die Partei“ wird sich daher zukünftig weiterhin Zuhause oder in Kneipen treffen. Dort muss man allerdings Getränke bezahlen.

Juri: Diese Diskussion würde man spätestens im neuen Studierendenhaus fortführen.

Kai Julian (RCDS): Die Hochschulgruppe „Die PARTEI“ könnte sich auch in anderen Räumlichkeiten treffen.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE – UNIVERSITÄTKÖRPERSCHAFT
ÖFFENTLICHEN RECHTS
KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Bengican (Niederrad Jetzt): Auch die Grünen werden, unabhängig der Stimmzahl, keinen zweiten Raum bekommen, da keine Räume zur Verfügung stehen. Außerdem kann man noch entscheiden, ob tatsächlich nach Stimmzahl aufgeteilt werden soll. Auch im neuen Studierendenhaus wird es keinen zweiten Raum geben. Für Sitzungen dient dort ein großer Konferenzraum.

Nis: Offensichtlich hat die Hochschulgruppe „Die PARTEI“ keinen akuten Bedarf für einen Raum. Man könnte außerdem Räume zusammenlegen.

Juri: Die Hochschulgruppe „Die PARTEI“ hat wahrscheinlich einen Scherz gemacht. Nochmalige Bitte, der Vereinbarung zuzustimmen.

Nis: Wiederholt, dass wohl mehrere Räume verfügbar sind. Beispielsweise die Iran-Bib.

Kai Julian: Sind die anderen Räume gleich groß?

Anna: Ja, die Jusos haben allerdings zwei.

- Ende der Sitzung -

Malena Todt

Bengican Gülegen

Präsidentin

Schriftführer